

Wahlprogramm DIE LINKE im Kreistag im Landkreis Böblingen

Dafür steht DIE LINKE im Kreistag im Landkreis Böblingen:

- ÖPNV ausbauen und günstige Tarife
- Bezahlbarer Wohnraum
- Ortsnahe und gute Gesundheitsversorgung

Das sind unsere Kernthemen:

- VVS-Tariferhöhungen verhindern
- Zuzahlung für das 49 € Ticket für Bürgergeldempfänger*innen
- ÖPNV stärken und ausbauen
- Für den Ausbau der erneuerbaren nachhaltig erzeugten Energie
- Sozialwohnungen und bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen
- Gründung einer kommunalen Baugenossenschaft
- Mietobergrenzen anpassen/erhöhen
- Ausreichende medizinische Versorgung
- Gute Arbeitsbedingungen im Klinikverbund und im gesamten Pflegebereich
- Mehr Bürgerbeteiligung
- Ausreichende Personalausstattung im Landratsamt
- Gute Bildung: ausreichende Ausstattung der Schulen einschließlich guter Versorgung mit Sozialarbeiter*innen
- Kreisumlage in erforderlicher Höhe

Inhaltsverzeichnis

Rückblick 2009-2024	2
Wahlprogramm 2024	3
Mobilitätswende und bezahlbare Mobilität für alle.....	3
Ausbau der erneuerbaren nachhaltig erzeugten Energie	4
Inklusionsspielplätze verwirklichen.....	4
Bezahlbarer Wohnraum	5
Für eine ortsnahe und gute Gesundheitsversorgung.....	6/7
Bau des Frauenhauses endlich realisieren.....	8
Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung.....	8
Bildung: Für ausreichende Lehrkräfte an Berufsschulen und Schulen des SBBZ.....	9
Jobcenter mit menschlichem Antlitz.	9
Bürokratieabbau.....	9
Einnahmenseite des Kreises stärken: Kreisumlage in erforderlicher Höhe.....	9
Für Frieden und Vielfalt, gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	10

Rückblick

Seit 2009 sind wir im Kreistag vertreten.

Seit 2014 ist DIE LINKE im Kreistag Böblingen in Fraktionsstärke vertreten.

Wir von DER LINKEN setzen uns seit 15 Jahren für viele Belange der Bürger*innen im Landkreis Böblingen ein, insbesondere für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, sondern sozial benachteiligt sind.

Grundsätzlich setzt sich DIE LINKE für gute Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer*innen ein und für eine starke Interessenvertretung. Zum Beispiel konnten wir mit bewirken, dass die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten im Klinikverbund Südwest (KVSU) gestärkt wird, indem wir mit anderen zusammen eine Verdopplung der Mitglieder der Beschäftigten im Aufsichtsrat im KVSU erreicht haben.

Wahlprogramm 2024

Mobilitätswende und bezahlbare Mobilität für alle

Gegen dicke Luft und Blechlawinen!

Wir beantragten Jahr für Jahr im Haushalt ein Sozialticket, das leider von der Mehrheit der Mitglieder im Kreistag immer abgelehnt wurde. Mit der Einführung des 49 € Tickets stellten wir dieses Jahr den Antrag, dass Empfänger*innen von Bürgergeld, die das Ticket kaufen, mit einem Zuschuss von 10 € unterstützt werden. Außerdem stimmten wir jedes Jahr gegen Fahrpreiserhöhungen.

Mobilität ist in einer modernen Gesellschaft Voraussetzung für die Erreichung des Arbeitsplatzes, Einkauf, Besuch von Familie und Freunden, Teilnahme am kulturellen Leben und für politisches Engagement, welches sehr oft längere Wege erfordert. Um eine Mobilitätswende vom Auto zum ÖPNV zu erreichen, muss dieser unbedingt attraktiver und günstiger werden.:

Wir fordern:

- **Ausbau des ÖPNV**
- **Günstige Tarife für alle, insbesondere für Familien und Empfänger*innen von Bürgergeld**
- **Barrierefreiheit, dazu gehören auch funktionierende Fahrstühle und Rolltreppen, gut lesbare Fahrpläne in Form von elektronischen Anzeigetafeln**
- **Einführung von W Lan und USB-Anschlüssen in allen Bussen in unserem Landkreis sowie auch der zukünftigen Schönbuchbahn. Viele Berufspendler*innen können so einen Teil ihrer Arbeit schon während der Fahrt erledigen.**
- **Bereitstellung und Ausbau von Rufbuslinien und**
- **On Demand (Auf Abruf) Einrichtung im ländlichen Raum**
- **Ausbau von Radwegen**
- **Gute begehbare und sichere Fußwege**

Ausbau der erneuerbaren nachhaltig erzeugten Energie

Strom kommt bekanntlich nicht aus der Steckdose, sondern muss erst erzeugt werden. Wegen der hohen Emissionen an Treibhausgasen durch fossile Energieerzeugung, ist es ein lang gestrecktes Ziel, eine Energiewende mit nachhaltigen Vari-

anten zu erreichen. Bisher wird gerade einmal die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Quellen bezogen, wobei Strom nur 1/5 des gesamten Energiebedarfs ausmacht. Da der Energiebedarf eher noch steigt, müssen so viele Standorte wie möglich gefunden werden, die zur Erzeugung von Wind- oder Solarenergie geeignet sind.

Initiativen gegen solche Bauvorhaben müssen ernst genommen werden. Allerdings haben sie oft mit Ängsten zu tun, die über eine bessere Kommunikation bereits im Vorfeld geklärt werden könnten.

In jedem Fall gehen wir Kompromisse mit unserer Umwelt ein. Fossile Energieerzeugungen haben jedoch weit mehr Naturzerstörungen angerichtet, als es Solar- und Windenergie je tun könnten.

Wir fordern:

- **Ausbau der erneuerbaren Energien im Landkreis**
- **Mehr Personal zur schnelleren Umsetzung von Gutachten, Planung und Bau**
- **Energie in Bürger*innen Hand: Energie-Genossenschaften statt Energie-Konzerne**

Inklusionsspielplätze verwirklichen

Viele Spielplätze in unseren Gemeinden sind für Kinder und Erwachsene mit Handicap, oder im Rollstuhl Sitzende, schlecht zugänglich. Aber gerade diese sind Orte der Begegnung, Orte wo sich gesunde, kranke Menschen, insbesondere Kinder ohne Berührungsängste und Vorurteile begegnen könnten. Aber nur, wenn sie auch für alle zugänglich und geeignet sind. Ein wunderschöner Gedanke, wenn Eltern mit ihren Kindern und der Oma oder dem Opa mit Rollator oder im Rollstuhl gemeinsam einen Spielplatz besuchen könnten. Oder wenn eine Schulklasse sich mit einer Inklusionsklasse auf einem solchen Spielplatz treffen und diese Kinder ganz zwanglos miteinander spielen könnten.

Daher wollen wir anregen, bestehende Spielplätze in behindertengerechte Spielplätze auszubauen:

Wir fordern:

- **barrierefreie Zugangswege**
- **behindertengerechte Spielgeräte**

Bezahlbarer Wohnraum

Ohne Wohnraum keine Arbeitskräfte!

Seit 2014 setzen wir uns von der LINKEN vehement im Kreistag für die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum ein. Immer wieder betonten wir, dass wir nur dann Arbeitskräfte in unserem Landkreis bekommen, wenn wir auch bezahlbaren, familiengerechten und barrierefreien Wohnraum bieten können. Doch der ist schon längst Mangelware, besonders für Menschen mit geringem Einkommen und Bürgergeldempfänger*innen, für die häufig mit dem für die Miete vorgesehenen Anteil vom Bürgergeld nicht auskommen und oft sehr verzweifelt nach einer passenden Wohnung suchen.

Wir von der LINKEN haben 2020 mit erreicht, dass im Landratsamt eine Stelle für eine Wohnraumakquise eingerichtet wird, mit dem Ziel, bisher leerstehende Wohnungen für soziale Mietverhältnisse zu aktivieren.

Es konnten auch erfolgreich ca. 30 Wohnungen vermittelt werden. Es gibt ca. 6000 leerstehende Wohnungen in unserem Landkreis.

Leider wurde diese Stelle durch eine mehrheitliche Abstimmung im Kreistag im Dezember 2023 ab Januar 2024 wieder gestrichen. Wir haben selbstverständlich dagegen gestimmt und halten die Streichung für unverantwortlich. Wir wollten diese Stelle sogar personell besser ausstatten

Wir fordern:

- **die Gründung bzw. Reaktivierung einer kommunalen Baugenossenschaft, die im Haushaltsplan für 2024 auch vorgesehen ist und wir werden auch im nächsten Kreistag immer wieder auf die Umsetzung drängen.**
- **Für die Leistungsempfänger*innen eine Anhebung der Mietobergrenze, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird.**
- **Wiedereinsetzung der Stelle der Wohnraumakquise (Möglichkeit einer Erhebung eines Leerstandanzeiger/Leerstandregister das beim Landratsamt eingerichtet wird.)**

Für eine ortsnahe und gute Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Grundbedürfnis!

Die wohnortsnahе ärztliche Versorgung ist im Kreis Böblingen, wie in ganz Deutschland, zurück gegangen. Es fehlen insbesondere Hausärzte, Fachärzte

und Kinderärzte. Die Wartezeiten, um einen Arzttermin zu bekommen werden immer länger.

Die Krankenhäuser sind in ganz Deutschland in eine finanzielle Notlage geraten, da die Bundesländer den gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen der Krankenhausfinanzierung seit Jahren nicht mehr nachkommen.

In unserem Landkreis sind die Kosten für den Klinikverbund Südwest (KVS), dessen Träger die Landkreise Böblingen und Calw sind, Jahr für Jahr gestiegen und wir liegen im Moment bei 57 Millionen, die der Landkreis zu finanzieren muss.

Daher hat der Kreistag im Dezember 2023 ein viel umstrittenes und diskutiertes Medizinkonzept 2030 verabschiedet, mit dem Ziel Doppelstrukturen abzubauen und Fachabteilungen zusammenzulegen. Dadurch sollen die hohen Defizite minimiert werden. Wir von der LINKEN stellen uns nicht grundsätzlich gegen das Konzept, allerdings sind wir der Meinung, dass es eine Zumutung für alle werdenden Mütter ist, die Geburtshilfe und Gynäkologie von 4 auf 2 Abteilungen zusammenzulegen (nur noch Nagold und zukünftig im Flugfeldklinikum). Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Stationen in Leonberg erhalten bleiben.

Das Flugfeldklinikum hat die Chance ein hervorragendes Krankenhaus zu werden. Es war ein lang diskutierter und sehr umstrittener Schritt, das Krankenhaus in Nagold auszubauen, und das Krankenhaus Herrenberg in ein Versorgungszentrum umzubauen.

Wir werden uns im Kreistag dafür einsetzen, dass dieses Medizinische Versorgungszentrum unbedingt mit allen Einrichtungen wie geplant, umgebaut wird. Ein weiterer Bettenabbau darf nicht stattfinden!

Der Landkreis als Träger der Kliniken und großer Arbeitgeber der öffentlichen Hand hat hier eine besondere soziale Verantwortung, die auch gesetzlich festgeschrieben ist!

Wir LINKE setzen uns im Kreistag für angemessene Löhne aller Berufsgruppen in allen Krankenhäusern des Klinikverbunds ein!

Die Attraktivität und die Qualität in der Ausbildung muss verbessert werden. Vor allem für die praktische Ausbildung braucht es mehr Zeit und qualifiziertes Personal und wir brauchen mehr Ausbildungsplätze und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung.

Der Klinikverbund Südwest als wichtiger kommunaler Arbeitgeber ist für seine Mitarbeiter sozial verantwortlich.

Wir fordern:

- **Die medizinische Grundversorgung der Krankenhäuser und Versorgungszentren muss erhalten bleiben!**
- **Keine Privatisierung**
- **Verbesserte Fachärztliche Versorgung vor Ort**

- **Der Klinikverbund muss in kommunaler Hand bleiben! Der Mensch ist wichtiger als die Gewinnmaximierung der Anteilseigner.**
- **Pflege braucht unbedingt faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.**
- **Für alle Beschäftigten: ausreichenden bezahlbaren Wohnraum, kostenfreie Kitaplätze für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und günstiges und flexibles Jobticket für alle Beschäftigten.**

Bau des Frauenhauses endlich realisieren

Schon seit Jahren fordern wir im Landkreis ein Frauen- und Kinderschutzhaus wieder zu realisieren, da es seit 2011 hier keines mehr gibt. Für dieses Projekt hätte es vom Bund Fördergelder geben sollen, die es jetzt aber nicht mehr gibt, da das Bundesinvestitionsprogramm 2024 ausläuft. Das ist ein absoluter Skandal, denn Gewalt gilt nach der Weltgesundheitsorganisation als eines der größten Gesundheitsrisiken und Menschenrechtsverletzungen für Frauen und Kinder, die es konsequent zu beseitigen gilt.

Wir fordern:

- **Den Neubau des geplanten Frauen- und Kinderhauses noch in diesem Jahr**
- **Falls auch die Förderung durch das Land ausfallen sollte, muss der Landkreis eigenmächtig das Frauenhaus bauen, notfalls durch Erhöhung der Kreisumlage.**

Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung

Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auf Kreisebene sind unzureichend: hier dürfen die Bürger*innen nur mitreden das ist zu wenig. Wir unterstützen daher Forderungen wie aus der Klimabewegung und von Mehr Demokratie e.V. mit Bürger- oder Transformationsräten mehr Bürger*innen Beteiligung zu ermöglichen.

Dabei sollen die Entscheidungen dieser Räte für die kommunalen Entscheider*innen nicht nur bloße Empfehlungen sein, sondern auch eine wirkliche Umsetzungsperspektive erhalten.

Wir fordern:

- **die Einrichtung von Bürger*innen Räten, auf Kreisebene. Besonders in Zeiten großer Politikverdrossenheit bestünde dadurch die Möglichkeit die Demokratie zu stärken.**

Bildung

Für ausreichende Lehrkräfte an Berufsschulen und Schulen des SBBZ

Eine gute Berufliche Bildung ist in einem zunehmend flexiblen Arbeitsmarkt unbedingt nötig. An erster Stelle steht für uns aber der freie Zugang zur Bildung. Das schließt sowohl Menschen mit Behinderung, sowie Migrant*innen ein. Die hier erfolgreiche Arbeit der Schulsozialarbeiter*innen sollte weiter unterstützt und ausgebaut werden.

Wir setzen uns für eine ausreichende Finanzierung der Berufsschulen und der Schulen des SBBZ ein, um deren Qualität langfristig sicher zu stellen. Außerdem fordern wir die Ausweitung von Unterstützungsangeboten für die Berufsschüler*innen.

DIE LINKE fordert, dass angesichts dieses gravierenden Lehrers*innen Mangels, den Lehrer*innen mit befristeten Lehraufträgen vom Kultusministerium unbefristete Stellen angeboten werden müssen.

Wir fordern:

- **Befristete Stellen in feste Anstellungen umwandeln!**
- **der Kreistag muss über Landkreistag Baden-Württemberg Druck auf das Kultusministerium ausüben um mehr zur Überwindung des Lehrer*innen Mangels an unseren Berufsschulen und SBBZ zu unternehmen.**

Jobcenter mit menschlichem Antlitz

Sanktionen und Kürzungen des Regelsatzes im Bürgergeld-System sind menschenverachtend. Wir setzen uns gegen Sanktionen ein, sowie gegen Stromsperren für zahlungsunfähige Haushalte.

Der Anteil für Energiekosten im Bürgergeld muss ausreichend bemessen sein, um die Nebenkosten zahlen zu können. Genau wie die Heizkosten sollten die Energiekosten nicht auf die Kosten der Unterkunft gerechnet werden. Die Alternative dürfen nicht zinslose Kredite des Jobcenters sein, oder Ratenzahlungen, die die Bürgergeldempfänger*innen in eine zusätzliche Verschuldung bringen.

- **Wir fordern:**
- **Keine Sanktionen beim Bürgergeld**
- **Herausnahme der Stromkosten aus dem Regelsatz**

Bürokratieabbau

Den Bestrebungen, das Personal im Landratsamt (LRA) immer weiter zu reduzieren, müssen wir uns kritisch entgegenstellen. Mit ausreichendem Personal und einer gut durchdachten digitalen Infrastruktur ließen sich die Bearbeitungszeiten für Anträge oder Anliegen der Bürger*innen deutlich beschleunigen.

Dies reduziert Einarbeitungszeiten und verbessert die Arbeitsfähigkeit des LRA und seiner Abteilungen.

Unbefristete Stellen für Berufstätige sind eindeutig attraktiver und somit leichter zu besetzen. Statt einer Befristung des Arbeitsvertrags braucht es flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsorte.

Wir setzen uns für ausreichendes unbefristetes Personal bei der Integration ein.

Wir fordern:

- **eine sofortige Umwandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen in unbefristete Stellen**
- **Ausreichend Stellen in der Flüchtlingsbetreuung und Ehrenamtskoordination gilt genauso wie für die psychiatrische Sprechstunde im Gesundheitsamt.**

Einnahmenseite des Kreises stärken:

Kreisumlage in erforderlicher Höhe

Aus einem Sparzwang dringend benötigte Stellen, wie die Wohnraumakquise zu streichen halten wir für unverantwortlich.

Die Finanzierung der aus unserer Sicht dringenden sozialen Aufgaben im Kreis muss ermöglicht werden.

Wir fordern:

- **eine leichte Erhöhung der Kreisumlage**

Für Frieden und Vielfalt, gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Kein Mensch ist illegal!

Das Thema Frieden ist durch die Kriege in der Ukraine und Israel wieder in den Mittelpunkt gerückt. Kommunal können wir keine Kriege beenden, aber durch einen regen interkulturellen Austausch ihnen die Grundlage nehmen.

Die LINKE wird im Kreistag dafür eintreten, diesen Austausch weiter aufrecht zu erhalten und auszubauen. Dafür sind wir über den Verein *Landkreis Böblingen bleibt Bunt* e.V. in einem breiten Bündnis zum Abbau von Vorurteilen und Rassismus im Landkreis beteiligt. Angesichts zunehmender Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, und einem menschenverachtenden Kulturkampf von rechts, ist es umso wichtiger eine starke Stimme für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu haben.

Knapp ein Drittel aller Menschen in Deutschland erleben verschiedenste Formen der Diskriminierung. Auch im Kreis Böblingen finden diese erschreckenderweise tagtäglich statt. Wir Die LINKEN sind gegen jede Form von Ausgrenzung und kämpfen für eine solidarische und inklusive Gesellschaft, in der alle teilhaben können.

Wir wollen Integrationsprojekte im Landkreis anstoßen, damit jede/r von den Geflüchteten einen schnelleren Zugang zur Arbeitswelt und sozialem Engagement bei uns findet. Dazu wollen wir mit den Asyl Arbeitskreisen und z.B. der Seebrücke zusammenarbeiten und die Vorurteile der Bevölkerung gegenüber den Neuzugewanderten abbauen und vielfältige Begegnungen zwischen ihnen ermöglichen.

Mehr zu den kommunalpolitischen Schwerpunkten der LINKEN ist zu finden in den Kommunalpolitische Eckpunkten der Landespartei:

<https://www.dieLinke-bw.de/fileadmin/lv/2019kommunalwahl/kwl9-eckpunkte.pdf>

und im Regionalwahlprogramm: <https://www.dielinke-rv-stuttgart.de/fileadmin/fraktionen/rv-stuttgart/Dokumente/Regionalwahl/Wahlprogramm2014/DLRV-Programm-Web.pdf>

Und auf unserer Webseite: www.linke-bb.de